

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Bösen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. G. Ulrich & Co.
Breitestraße 20.
in Grätz bei I. Streissel,
in Weimar bei H. Matthies,
in Breslau bei J. Jäger.

Bresnener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei S. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendenk“.

Nr. 841.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Bresen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Verteilungssachen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 29. November.

1883.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung.

Berlin, 28. Nov. Am Ministertische: Maybach, v. Scholz, Präs. von Röder eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr undtheilt mit, daß der Abg. Marcard (Leklenburg) gestern Nachmittags gestorben ist. (Heinrich Marcard, geb. 1806, Geh. Justizrat, altkons., war bereits von 1855–58 Mitglied des Hauses und gehörte seit 1877 dem Reichstage an.) Auf Aufforderung des Präsidenten erheben sich die Mitglieder des Hauses, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat.

Die Vorlage betrifft die Oberschlesische, Breslau-Schweidnitz-Freiburger, Rechte Überfließ, Altona-Kieler, Breslau-Kreuzburger Eisenbahnen, so wie den Theil des im Schaumburg-Lippischen Gebiete belegenen Theils der Hannover-Mindener Eisenbahn.

Das Wort erhält zunächst

Abg. Dr. Alexander Meyer (Breslau): Ich werde mich mit dem größten Theil meiner politischen Freunde der Abstimmung enthalten. Das Eisenbahnverstaatlichungsprojekt ist bereits so weit vorgeschritten, daß wir ernstlich daran zweifeln, ob der Rest der Privatbahnen überhaupt noch lebensfähig ist; wir stehen vor einemfait accompli, und es wäre vielleicht überhaupt am besten gewesen zu schweigen, wenn nicht gestern eine Reihe von Bemerkungen gefallen wären, auf die ich einiges erwidern will. Es ist fortwährend von der rechten Seite auf die großen Erfolge der Eisenbahnverstaatlichung hingewiesen worden; der finanziellen Erfolge freue ich mich auch, aber was die wirtschaftlichen Resultate betrifft, so ist doch erst zu kurze Zeit vergangen und es kommt mir das Loben der Verstaatlichung der Bahnen ähnlich vor, als wenn jemand nach vierzehntägiger Ehe davon spricht, daß sein eheliches Glück noch durch keinen Schatten getrübt worden ist. (Heiterkeit.) Wir müssen mindestens ein Menschenalter warten, um ein Urteil über die wirtschaftlichen Resultate zu gewinnen, um zu erkennen, ob die Maßregel die Produktion befördert, die Konsumtion vermehrt hat, wir können auch noch gar nicht abschließen, ob es nicht doch möglich sein wird, daß sich neben den staatlichen Bahnen auch noch private Transportgesellschaften bilden in der Zukunft, kurz, man kann heute absolut noch nicht wissen, wie in wirtschaftlicher Beziehung die Verstaatlichung der Bahnen sich wirklich erweisen wird. Abg. Büchtemann stellt gestern die Frage, nach welchen Grundsätzen die Höhe der Tarifsätze zu entscheiden wäre. Abg. Wagner gab darauf eine recht ungenügende Antwort, er meinte einfach, früher hatten die Privatbahnen die Tarife festzusetzen, jetzt geschehe das durch den Staat. Aber früher wurde der Tarif durch das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bedingt, richtete sich nach Angebot und Nachfrage, die Eisenbahnverwaltungen handelten wie kluge Kaufleute. Jetzt hat die wirtschaftliche Freiheit aufgehört, und an ihre Stelle ist die Willkür des Ministers getreten. Durch die Eisenbahnräthe wird der Kampf der verschiedenen Interessen in diese Frage hineingetragen und wir halten es für ein Unglück, daß die Parlamente sich mit Tariffragen zu beschäftigen haben sollen. Herr Wagner hat gemeint, daß die Tantiemen der Direktoren und Aufsichtsräthe hohe Tarifsätze veranlaßt haben. Das ist ein starker Irrthum, nur sehr wenige Direktoren, z. B. am Rhein, haben Tantiemen bezogen, und auf dieser Bahnen waren gerade sehr niedrige Tarife. Es ist jetzt gerade 10 Jahre her, daß hier die Rede gehalten wurde, die den ersten Anstoß zur Eisenbahnverstaatlichung gegeben hat. Es war die Rede Laskers, welche die Einsetzung der Enquet-Kommission veranlaßt hat. Ich habe mich sehr gerühmt, daß diese Rede Herrn Wagner zu so scharfen Aussfällen gegen Herrn Lasker veranlassen konnte, zumal Herr Lasker, der so viele Jahre dem Hause angehört hat, jetzt durch den Zweck von uns getrennt, nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen. Ich bin außerdem sein Parteigenosse und wenn ich auch gerade in diesen Fragen anderer Meinung bin als er, so halte ich es doch für meine Pflicht hier für ihn einzutreten und hervorzuheben, wie er niemals daran gedacht hat, aus konfessionellen Gründen oder Parteirücksichten seine Rede zu halten. Ihm kam es besonders darauf an, das Verhältnis der Aufsichtsbehörden zu den Eisenbahnen zu untersuchen und klarzustellen. Gegen das Dobberthum, daß hier von verschiedenen Seiten mit der Börse identifiziert wird, ist er gerade am Schärfsten vorgegangen, am Rückstoffsloffen aufgetreten und in den Kreisen der Dobber war Lasker der bestgehaute Mann. Damals kam es vor, daß eine Börsendepesche abging, welche meldete: Flau auf Lasker! (Heiterkeit.) Wer auch nicht wie ich die Ebene hat, Herrn Lasker nahe zu stehen, sollte doch wissen, daß diesem Mann in all' den Fragen konfessionelle und Parteirücksichten völlig fern gelegen haben. Ich würde mich freuen, wenn Abg. Wagner Anlaß nähme, sein gestriges Urtheil in dieser Hinsicht richtig zu stellen. — Im übrigen beantrage ich die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern (Beispiel links).

Abg. v. Wedell-Malchow: Allerdings kann Niemand von uns die Garantie übernehmen, daß der Betrieb der Staatsseisenbahnen immer so vortheilhaft Resultate ergeben werde, als bisher, aber ebensoviel ist man berechtigt, das Gegenteil zu behaupten, daß es damit einmal schlecht geben werde. Die Erfahrung kann man schon heute anerkennen, daß es den Privatbahnen ganz unmöglich gewesen wäre, uns ein umfassendes Sekundärnetz zu schaffen, das kann nur der Staat. Ich erkenne an, daß Differential- und Ausnahmetarife notwendig sind; aber bei Festsetzung derselben ist für Privatbahnen nur das Interesse der Aktionäre, nicht das der Allgemeinheit maßgebend. Die Lasker-Affaire lassen wir lieber bei Seite (Rufe links: Nein, nein! Wagner hat angefangen). Ich bin gegen alle persönlichen Angriffe und halte es unter meiner Würde, auf solche zu antworten, da ich nur meinen Wählern verantwortlich bin. Dem Antrage auf Kommissionsberatung schließe ich mich an.

Minister Maybach: Ich habe mich an der Etatsberatung nicht beteiligt, weil noch mehrfach Beratung gegeben sein wird, über Eisenbahnangelegenheiten in diesem Hause zu debattieren. Herrn Abg. Meyer möchte ich aber daran erinnern, daß er noch vor wenigen Jahren sagte, daß das gemischte System, das damals bestand, ist gar kein System. Ich gebe ihm vollkommen Recht und hoffte, daß er konsequenter Weise für das Staatsbahnsystem entscheiden würde; das ist aber nicht geschehen. Er sagte dann, die letzten Jahre könnten zwar ernsthafte, denselben Weg fortzusetzen, indem es sei noch nicht aller Tage Abend. Gemäß! wir können außer die Zukunft nicht übersehen, wir haben

aber nach unserer Erfahrung, nach unserer Überzeugung die Gewißheit, daß die Zukunft die erwartet glückliche sein wird. Ich habe die Genugtuung, daß ein bekannter Gegner des Staatsbahnsystems — ich will den Namen nicht nennen — vor einiger Zeit sagte, warten wir erst zehn Jahre ab, und daß derselbe jetzt schon auf 25 Jahre zurückgegangen ist, auf eine Zeit, von der ich sagen darf, er wird sie wohl nicht mehr erleben. (Zuruf von links: Cambrai!) Nein! Die Probe haben wir schon auf verschiedenen Gebieten gemacht, namentlich in Rheinland und Westfalen, von wo früher jedes Jahr die herbsten bittersten Klagen über Wagenmangel kamen, während jetzt zwar nicht alle Klagen beseitigt sind, aber doch von den beteiligten Kreisen anerkannt wird, daß der Verkehr ohne nennenswerte Störung nor sich gehe, trotzdem die Anprüche an die Beförderungsmittel großere geworden. (Redner giebt eine längere statistische Vergleichung über die Zahl der gefestigten und der geforderten Wagen in diesem und den Vorjahren.) Ich könnte Ihnen ähnliche Zahlen auch auf anderen Gebieten vorlegen, welche beweisen, daß wir den Bedürfnissen des Verkehrs gerecht werden. Ich bin der Ansicht, daß sich der Verkehr in diesen Gebieten und auch in anderen noch haben könnte, und wird daher eine Vorlage wegen Vermehrung der Verkehrsmitte gemacht werden, welche uns in den Stand setzt, den steigenden Ansprüchen entgegenzukommen. In dem Tarifwesen hat uns früher die Konkurrenz ja viel geholfen; da wo Konkurrenz bestand, gab es niedrige, wenn auch höhere Tarife. Wie steht es aber jetzt? Wir sind genötigt, die Interessenten, die Verständniß für die Verkehrshälften haben, zu fragen, in den Bezirkseisenbahnräthen wie im Landeseisenbahnrathe. Den Vorschlag des Herrn Abgeordneten, ob nicht diejenige Maßregel im Lande angeregt werden könnte, acceptiren wir dankbar und werden untersuchen, was auf diesem Gebiete geschehen kann. Im Eingange unserer Vorlage haben wir das Bekenntnis abgelegt, daß noch nicht allen nach der Verstaatlichung an und herangeförmten Ansprüchen Abhilfe hat geschafft werden können; aber die Genugthuung haben wir, daß Manches besser geworden ist, und das können wir sagen, wir haben den guten Willen, das Richtige an richtiger Stelle zu thun. Fragen Sie als unbeeinflußter Steller, ob man mit den Leistungen der Verwaltung im großen Ganzen zufrieden ist; ich glaube, Sie werden eine befriedigende Antwort hören. (Sehr wahr!) Diese Anerkennung uns zu erhalten, wird das Streben meines Lebens sein und der Herren, die mich mit ihren ausgesuchten Kräften unterstützen. Nachdem das Prinzip des Staatsbahnsystems bereits festgestellt ist, handelt es sich heute nur noch um die Frage: Wollen wir weiter gehen oder nicht? Es handelt sich um den Ausbau des Hauses, von dem wir drei Viertel fertig haben; um die Frage, ob wir den Vortheil der Staatsbahnen auch den Landestheilen zuwenden wollen, die daran bis jetzt noch wenig oder nichts haben. Es kann dabei nur zweierlei in Frage kommen, einmal, ob es opportun ist, und dann, ob die Bedingungen, unter denen die neuen Erwerbungen getroffen sollen, angemessen sind. Beide Fragen sind zu bejahen. Auf die Überschüsse lege ich nicht den Hauptwert, ich bin nicht der Auffassung, daß die Eisenbahnen an erster Stelle eine Finanzkluft des Staates sein sollen (Zusammenfassung.) Ich hoffe, daß die Überschüsse noch größer sein werden, als der Vorschlag; doch darf man die Tarife nur mit Voricht heruntersetzen, wenn das Bedürfnis nicht dringlich ist; denn wir dürfen einen einmal herabgesetzten Termin auch nicht mehr erhöhen. Man könnte fragen, warum wir nicht schon früher mit diesen Operationen vorgegangen seien; aber der Übergang hatte sich ohne Anstand, ohne Störung des Betriebes zu vollziehen, und das läßt sich nicht im Hand umdrehen machen. Was die Bedingungen anbetrifft, unter denen die Verträge geschlossen, so wird die Kommission sie prüfen. Sie werden finden, daß wir den früheren Grundsatz, billig gegen die Aktionäre aber mit Rücksicht auf den Staat, vollkommen beachtet haben. Ob die Verträge den Interessen der einzelnen Landestheile zu wider sein sollten — diese Frage beantwortet sich von selbst. Ich glaube wohl, daß die Staatsbahnen mehr leisten können, als die Privatbahnen, wie man namentlich beim Ausbau der Sekundärbahnen sieht, und es ist nur gerecht, auch diesen Landestheilen den Vortheil zu gewähren, insbesondere der Provinz Schlesien, von wo manche Anforderungen an mich gekommen sind. Ich bitte Sie, den Verträgen Ihre Zustimmung nicht zu verweigern, es ist meine innige Ueberzeugung, daß Sie damit etwas thun, was dem ganzen Staat zum Segen gereicht, und wenn aus dieser Session auch nichts weiter hervorsteht, so werden Sie doch den Dank des Landes erworben haben. (Bravo!)

Abg. Büchtemann: Wie in der vorigen Session durch die Feststellung der Verwaltungsgesetzgebung der Minister des Innern glaubte, sich ein monumentaeres perennius gesetzt zu haben, so denkt auch der Herr Eisenbahnminister, durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu einem dauernden Denkmal gekommen zu sein. Die Tarife sind im großen Ganzen dieselben wie früher geblieben. Wir wissen, was für Wünsche aus den Kreisen der Landwirthe hervorgetreten sind, nicht in dem Sinne, eine allgemeine Tarifermäßigung herbeizuführen, sondern im gegenteiligen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, daß wir Differentialtarife für begründet halten. Über dem Interesse eines einzelnen Zweiges des Erwerbslebens steht das allgemeine Interesse. Ist denn heute etwas anderes als das Eisenbahnmonopol? Es ist eben ein Monopol, nur in größerem Maßstabe, und die Mittel der Abhilfe von Mißständen liegen nur in dem Webschlüssel des Ministers. Das ist das Eigentümliche beim Eisenbahnwesen, daß die Tarife nicht nach einer einzigen Schablone gemacht werden können, und wenn der Herr Minister sagt, er beabsichtige eine Ermäßigung einzuleiten, so weiß ich nicht, wie er es anders machen will als auf dem Wege des Differentialtariffs. Für mich war die Etatsdebatte die schönste Kritik gewesen, die überhaupt gegen das Staatsbahnwesen gerichtet werden kann; denn von allen Seiten ist betont worden, daß man nicht auf die schwankenden Einnahmen der Eisenbahnen Ausgaben stellen könne. Ein Niedergang, ein Schwanken ist auch dann noch möglich, nachdem jahrelang mit Überschüssen gearbeitet worden ist. Ich kann die Aussicht nicht theilen, daß die Privatbahnen nicht im Stande wären, die Nebenbahnen auszubauen. Weder in finanzieller noch in wirtschaftlicher Beziehung können wir die erzielten Resultate für besser als die bisherigen anerkennen, ich halte sogar das Garantiegesetz für gefährlich und wünsche, daß andere Garantien geboten werden, welche die Landesvertretung in die Lage seien, Kontrolle über die Verwaltung zu üben. Die Aussicht des Etats hängt vollständig vom Minister der öffentlichen Arbeiten ab und es läßt sich schon jetzt übersehen, daß der Etat von 1884/85 wiederum ebenso zu niedrig aufgestellt ist, wie früher. Es ist immer zu betonen, daß die Eisenbahnen einen intergrirenden Theil der Staatsfinanzen bilden, daß von ihrem

Extrage auch die Steuerpolitik abhängig ist. Nach wie vor vermögen wir die Verantwortlichkeit für die Ausdehnung des Staatsseisenbahns nicht zu übernehmen.

Abg. v. Tielemann (Bomst): Allerdings sei der Etat etwas schwankender geworden, das Haus müsse gewissermaßen von seinen formalen Rechten etwas mehr über die materiellen Interessen stehen. Das Staatsbahnsystem habe segensreich auf den Ausbau der Sekundärbahnen gewirkt; früher seien von den Privatbahnen nur die rentablen Linien gebaut worden. Bei der Tarifgestaltung dürfen nicht blos die Interessen der Konkurrenten, sondern die materiellen Interessen des ganzen Landes in Betracht gezogen werden. Man werde schon zu Anfang des nächsten Jahres nicht mehr verstehen, wie man es mit dem Privatbahnsystem so lange habe aushalten können.

Abg. Meyer (Breslau) erwidert dem Minister, es nicht genehmigt zu haben, wenn Abgeordnete sich in die Tarifangelegenheiten der von ihnen vertretenen Landestheile mischen, sondern nur die Notwendigkeit bedauert, daß es so sein müsse. Herr von Tielemann habe den Gegentakt der beiden Seiten des Hauses dahin bezeichnet, daß die eine das normale Recht, die andere das materielle Interesse vertrete. So sei es nicht; die Förderung der materiellen Interessen liege auch im linken am Herzen, nur frage sie, was vom Standpunkte des Staats und der Volksvertretung aus in dieser Hinsicht geschehen kann, und sage, daß Beste sei die Herstellung der Erwerbsfreiheit und die Sicherung des Rechtschutzes jedes Einzelnen in seinem Erwerbe. Die Mitwirkung der Eisenbahnräthe kann nur eine einseitige sein, dieselben können nicht mit unbefangenem Auge die Interessen aller überschauen.

Abg. Dr. Hammacher erklärt seine und seiner Freunde Zustimmung zur Vorlage, weil dieselben das Staatsseisenbahnsystem für das einzige richtige halten und mit den zeitigen Resultaten der Verstaatlichung und der Verwaltung zufrieden seien, nicht blos aus dem taktischen Grunde, daß die einmal im Rollen begriffene Kugel nicht mehr aufzuhalten ist. Wir sind für die Staatsseisenbahnspolitik eingetreten, um diesen Verkehrszauber der privatkapitalistischen Thätigkeit zu entziehen und in die Hände des Staats zu legen, nur weil das gewünschte System nicht mehr zu halten war, da der Staat nicht zugleich sein eigenes finanzielles Interesse sichern und das des in den Privatbahnen angelegten Privatkapitals schonen kann. Allerdings muß ich anerkennen, daß die Privatbahnen Preußen die großen Kriege von 1866 und 1870 nicht hätte führen können. — Herr Maybachs Verwaltung giebt keine Veranlassung anzunehmen, daß er ohne Ausnahmetarife auskommen zu können glaube. Es ist besser die Interessengegenläufe in den Bezirkssäulen auf geistlichem Boden zum Ausdruck zu bringen, als im wilden Kampfe in der Presse und in Eingaben an den Minister. Die Präsidial-, mit welcher die Regierung bei Veröffentlichung der den Eisenbahngesellschaften gemachten Offerten vorgegangen, entspricht dem Interesse des Landes, wenn auch trotzdem schon vorher Börsenspekulationen gemacht worden sind.

Die Debatte wird geschlossen.

Personal bemerkt Abg. Dr. Wagner, es sei ihm nicht eingefallen, Lasker als Abwesenden hier anzugreifen.

Der Entwurf wird einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs betr. die Haftung der Sicherungsgelder für die Anprüche der Inhaber von Privilegien und Hypotheken im Bezirk des ehemaligen Appellationsgerichtshofes zu Köln.

Die Vorlage geht nach einer kurzen juristischen Erörterung an die Justizkommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

(Kreis- und Provinzialordnung für Hannover.)

Schluß 2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. Nov. Die Neuherungen des Kaisers zu dem Präsidium des Abgeordnetenhau ses bei dem gestrigen Empfang desselben über die auswärtige Lage bilden heute den Mittelpunkt des politischen Interesses. Da ein leitendes Mitglied der national-liberalen Partei als Vizepräsident bei dem Empfang beihilft war, so ist an der Authenticität des von der „Nat.-lib. Corr.“ gebrachten Berichtes nicht zu zweifeln. Selbstverständlich sollte die Neuherung über die Sicherheit des Friedens sich nur auf Deutschland beziehen, insbesondere nicht, wie hier und da heute angenommen wurde, den Kriegsausbruch zwischen Frankreich und China als unwahrscheinlich darstellen; dazu haben, wie wir hören, die von dem Kaiser gebrauchten Worte keinen Anlaß gegeben. Dagegen wird wiederholt, daß der Monarch seiner Befriedigung über die Gestaltung des Verhältnisses zu Russland rücksichtlos Ausdruck gegeben hat, und zwar offenbar mit dem Wunsche, daß es allgemein bekannt werde. Wir haben seiner Zeit angegedeutet, daß Herr v. Giers sowohl hier als in Friedrichruhe darauf hingewiesen worden, wie die von ihm überbrachten friedlichen Versicherungen durch eine entsprechende Gestaltung der Truppen-Dislokation an der Grenze Russlands gegen Deutschland am besten bekräftigt werden würden. Es ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß dieser Hinweis in Petersburg als zutreffend gewürdigt worden ist. — Als Ergebnis der ersten Lesung des Etats, das sachlich und abgesehen von dem gleich zu erwähnenden Punkte auch politisch, als unbedeutend bezeichnet werden muß, ist die Thatache zu registrieren, daß das Zentrum die Miene des bestimmten von Neuem angenommen hat. Daraus ist die Bestätigung der Ansicht zu entnehmen, daß augenblicklich die Regierung Zurückhaltung in kirchenpolitischer Beziehung beobachtet und das Zentrum also momentan keinen Grund hat, an einem wichtigen Punkte ein Entgegenkommen des

Staates zu erwarten. Mehr, als eine Schlussfolgerung auf die augenblickliche Lage gestattet jene Haltung nicht, eine solche aber mit Bestimmtheit, denn Herr Windhorst ist nur dann entgegenkommend, wenn er etwas für sein Partei-Interesse unmittelbar erwartet. Wer von ihm eine postnumerando-Zahlung erwartete, nachdem das Zentrum eine Leistung des Staates bereits empfangen, der würde sich einer argen Läuschung aussehen. Dass fürgens die Kapitalrentensteuer — von der man allem Anschein nach schon jetzt im Finanzministerium wünscht, niemals darauf eingegangen zu sein — den Gegenstand eines Handelsgeschäftes bilden könnte, bei welchem auf der anderen Seite die Kirchenpolitik eine Rolle spielte, ist durchaus nicht anzunehmen. Einmal ist dazu an diesem Steuerprojekt der Regierung selbst zu wenig gelegen, der vielmehr wohl bereits klar geworden ist, dass die Durchführung des Planes leicht innerhalb der konservativen Partei als Dynamit-Patronen wirken könnte; und andererseits kann das Zentrum diese Frage, in welcher materielle Interessen einander so schroff gegenüberstehen, nicht zur Fraktionsfrage machen. — Hinsichtlich des Unfallversicherungs-Gesetzes gilt nur so viel als sicher, dass an dem Reichszuschuss festgehalten werden soll und ferner an der Ausschließung der Alten-Gesellschaften von der Unfallversicherung; der erste, die Rücksicht darauf, dass „die Arbeiter wissen sollen, der Staat kümmere sich um sie“, ist und bleibt ein Hauptgesichtspunkt des Kanzlers in der Angelegenheit. Die Organisation der Versicherung scheint abermals offene Frage und ein Rückgriff auf die Reichs-Versicherungsanstalt von 1881 nicht ausgeschlossen; man macht dafür geltend, dass dieselbe durch das inzwischen ergangene Krankenkassengesetz von der Masse der kleinen Unfälle entlastet und daher eher möglich geworden sei.

Die Reise des Kronprinzen wird von der ministeriellen „Provinzial-Korrespondenz“ in einem Leitartikel gefeiert, dem wir u. A. Folgendes entnehmen:

Bei der großen Zahl und der Enge der Bande, die zwischen den modernen Kulturoölkern bestehen, kann nicht ausbleiben, dass die Begründung und Festigung freundschaftlicher Beziehungen zwischen zwei großen, wenn auch fern von einander ab wohnenden Nationen zugleich der Gesamtheit zu Gute kommen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, gewinnt die spanische Reise unseres Kronprinzen zugleich eine politische Bedeutung. Sie wird, wie angenommen werden darf, dem Vertrauen auf ein dauerndes freundliches Einvernehmen zwischen den verschiedenen Gliedern der europäischen Völkerfamilie zu Gute kommen und in immer weiteren Kreisen die Empfindung wecken und vertiefen, dass die Interessen Aller, die an der modernen Kultur überhaupt Anteil haben, im letzteren Grunde die nämlichen sind.“

Paris, 27. Nov. Nach dem „Standard“ ist der Text des Kaiserlichen Dekrets an den Vizekönig von Nanking folgender:

„Es ist allgemein bekannt, dass Anam ein Vasallstaat von China ist, und Frankreich hat nicht allein gewagt, dasselbe in früherer Zeit anzugreifen, sondern es ist auch zur gegenwärtigen Stunde mit der Absicht der Usurpation eingedrungen und hat auf diese Weise Unordnung in das Land gebracht. Es hat somit ein Unrecht begangen. Die Stadt Bac Ninh und ihre Umgebungen bilden eines der Tore des himmlischen Reiches selbst. Es war dies ehemals durch unsere Soldaten bewacht und doch hat Frankreich mehrere Male verlust, auf dieses Gebiet vorzurücken, ohne Rücksicht auf die Rechte der Justitia und des Eigentums. Wir haben also den Prinzen-Ministern des Tiong-Li-Damen den ausdrücklichen Befehl ertheilt, den Gesandten Frankreichs wissen zu lassen, dass, wenn sein Land sagt, auf Bac Ninh vorzutreten, China sofort eine große Armee entsenden wird, um den Franzosen eine Schlacht zu liefern. Des Weiteren bat der Tiong-Li-Damen Befehl, den Oberintendanten des Handels in den Nord- und Südhäfen, sowie dem Generalgouverneur von Nanking und den Gouverneuren von Yunnan und Knel-Tschien Instruktionen dabin zu ertheilen, Truppen und Kriegsmunition zu sammeln, Recruten auszubilden, wenn es nötig ist, und mit der größten Sorgfalt auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Vertragshäusern zu wachen, damit die handelsstreibenden Klassen in Frieden ihren Geschäften nachgehen können.“

Über die Stellung, die man neuestens in Paris zu der chinesisch-französischen Streitfrage eingenommen, ist auf die im Depeschenheile des heutigen Blattes enthaltenen Nachrichten zu verweisen. D. Reb.)

London, 26. Nov. Über das Pulverkomplott gegen das Deutsche Botschaftshotel fließen, wie die „Allg. Korresp.“ schreibt, die Nachrichten nur spärlich. Es wird indeß nunmehr als gewiss erachtet, dass die im Hause Wolffs vorgefundene „Höllemaschine“ am Sonnabend Abend gegen die äußere Fassade des deutschen Botschaftshotels in Anwendung gebracht worden wären, wenn die Polizei das Komplott nicht rechtzeitig entdeckt hätte. Sachverständige sind der Meinung, dass die physische Wirkung der Maschinen, wenn dieselben explodirt wären, etwa dieselbe gewesen sein würde, wie bei der jüngsten Explosion im Tunnel der unterirdischen Station Praed Street. Während der „Proletarier“ Wolff von den Polizei-Organen als ein höchst gefährlicher und entschlossener Sozialist bezeichnet wird, desavouiren die sozialdemokratischen Klubs in London jedweide Gemeinschaft mit ihm und wenn man den Versicherungen der Führer dieser Klubs Glauben schenken darf, stehen dieselben dem gegen die deutsche Botschaft geplanten Attentat gänzlich fremd gegenüber. In den am Sonnabend Abend abgehaltenen Sitzungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins und der „sozialrevolutionären Partei“, deren Mitglieder meistens Deutsche sind, wurde seitens des Hauptführers die Meinung ausgedrückt, dass so verabscheudigwürdig auch der „graue Despotismus“ der deutschen Regierung sei, unter den Sozialisten kein Komplott geschniedet worden sei, welches bezwecke, London über irgend einer anderen Stadt in England Schaden zuzufügen. Das Komplott zur Sprengung des deutschen Botschaftshotels sei entweder das Werk ihrer Feinde, um sie in schlechten Geruch zu bringen oder ein bloßes Scheinkomplott, welches geplant worden, um eine Belohnung zu erlangen. Es wurde ferner erklärt, dass Wolff keiner Sektion der Sozialisten bekannt sei. Herr Kauffmann, einer der Hauptführer des sozialdemokratischen Klubs, erklärte, dass irgend ein Versuch, das deutsche Botschaftshotel in die Luft zu sprengen oder irgend einen Schaden in London anzurichten, von allen in London ansässigen Ausländern als die Handlung eines Tollhäuslers betrachtet werden würde. Die in London weilenden Sozialisten, Kommunisten oder Nihilisten wüssten, dass England ihr einziger Zufluchtsort und die ein-

zige Heimat der Freiheit in Europa sei. Es wäre abgeschmackt, vorauszusehen, dass sie sich dem freiesten Lande der Welt gefährlich machen würden. Im Sozialistenklub im Stadtbezirk Sohr wurde am Sonnabend die Affäre Wolff als ein Polizeikomplott bezeichnet und beschlossen, einen Vertheidigungsfonds für Wolff zu stiften. Wolff soll indeß erklärt haben, dass er keiner Avolaten bedürfe, weil er sich selber zu vertheidigen gedenke.

* Zur Reise des Kronprinzen

Die Fahrt des Königs und des deutschen Kronprinzen am Dienstag nach Toledo, welche mittelst Extrazuges stattfand, gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Der Einzug in Toledo erfolgte unter Glockengeläute und Kanonendonner, die Bevölkerung begrüßte die beiden Fürsten mit unendlichem Jubel. Nach einem Besuch der Kirche Cristo de la Luz und des großen Hospitals wurde die Parade über die Garnison abgenommen. Hieran schloss sich die Bestichtigung der berühmten Waffensabteilung, in welcher der König selbst die Führung übernahm und dem Kronprinzen einen kostbaren Dolch, den Herren der Begleitung weithinbekannt überreichte. Nachdem darauf noch die Kathedrale und die Militäralademine in Augenschein genommen waren, erfolgte die Rückreise nach Madrid. — Ein Telegramm über die Einzelheiten des Besuches meldet noch:

Toledo, 27. Nov., Nachm. Der König und der deutsche Kronprinz trafen heute Vormittag 11½ Uhr mit ihrem Gefolge hier ein und wurden am Bahnhofe von den Behörden und von einer Kompanie der Jäger der hiesigen Militärschule empfangen, die übrigen Jäger der Militärschule bildeten bis zur Brücke von Alcantara Spalier. Der Empfang von Seiten der Bevölkerung war ein außerordentlich enthusiastischer. Der Kronprinz und der König bewunderten zunächst das unter Karl V. erbaute und jüngst restaurierte Schloss Alcazar und nahmen besonders den Thronsaal in Augenschein, sodann begaben sich dieselben nach der prachtvollen Kathedrale, wo sie der Kardinal-Erzbischof von Toledo empfing und zu den in der Kathedrale befindlichen Kunstsäulen und Kostbarkeiten geleitete. Hierauf wurde die Waffenmanufaktur besucht. In derselben wurden unter den Augen des Kronprinzen mehrere Prachtstücke von Waffen fertiggestellt. — Das Wetter ist prächtig. Es dürfte bekannt sein, dass Toledo sowohl durch seine Kunstsäule, seine Alterthümer, unter diesen insbesondere die Überreste maurischer Kunst, als auch durch seine Waffenfabriken berühmt ist, aus deren Werkstätten die gesammten blanken Waffen des spanischen Heeres hervorgehen. Einem Telegramm der „Voss. Zeit.“ über den Besuch sei noch Folgendes entnommen:

Nach dem Besuch mehrerer Kirchen und der Parade über die Garnison wurde die Waffenfabrik eingehend besichtigt. Der König übernahm hier die spezielle Führung und entledigte sich seiner Aufgabe vorzüglich. Er war in heiterster Stimmung, rief mehrere Male seinen Gast über die Köpfe der Anwesenden hinweg „Frisch“ und „Kronprinz“ und erklärte persönlich die Vorzüglichkeit der in Toledo fabrizierten Klingen, die nicht, wie sonst üblich, aus einem Stück geschmiedet werden. Am Kloster San Juan de los Reyes waren außen noch die Ketten stellbar, an denen die Mauren ihre Gefangenen geschmiedet. Im Refektorium wurde ein kleiner Ambros eingenommen. König Alfons rief beim Aufbruch: „Fröhlich auf, Kameraden, auf's Pferd, auf's Pferd! Es geht noch viel zu leben.“ Dann ging es nach der Kathedrale in gotischem Stile, einem waren Schatzkästchen von Kunstwerken. Der Kronprinz konnte sich nicht satt sehen an der Pracht der gemalten Fenster, an den Grabdenkmälern, an den Reliefs, Mosaiken, Kirchengeräthen, Gemälden, Holzschnitzereien und anderen historischen Denkmälern. Den Beschluss bildete der Besuch der militärischen Akademie, deren Jäger im Hofe in Parade aufgestellt waren. Alle Säle und die Kirche wurden durchsucht und von einem Balkon aus die herrliche Lage der Stadt bewundert. Die Abfahrt erfolgte um 5 Uhr, die Ankunft in Madrid um 9 Uhr Abends.“

In Madrid besuchten später am Abend der Kronprinz und der König mit den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie das Opernhaus, wo die Oper „Die Afrilane“ zur Aufführung gelangte. Gestern, also am Mittwoch, fand zur Feier des 27. Geburtstages des Königs großer Empfang und Abends Konzert statt. Wie bereits gestern erwähnt, hat der Kronprinz mehrere wertvolle Geschenke mitgebracht; die bronzenen Nachbildung des Kurfürstendenkmals von der Langen Brücke in Berlin ist in Lebensgröße ausgeführt.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 29. November.

d. [Zur nationalen Vertheidigung der Polen.] In dem Lange'schen Verlage in Gnesen ist eine polnische Broschüre unter dem Titel: „Die Mittel unserer nationalen Vertheidigung auf gesetzlichem Wege“ erschienen; in derselben wird die Gründung eines „polnischen Vereins zur Vertheidigung auf gesetzlichem Wege“ vorgeschlagen. In dem ersten Theile der Broschüre beschäftigt sich der Verfasser mit dem im „Kuryer Pozn.“ vorgeschlagenen Patronate der Landesverteidigung; in dem zweiten Theile sieht derselbe seinen Vorschlag auseinander, indem er empfiehlt, eine Organisation zu schaffen, welche gebrigig durchgeführt und auf die preußischen Provinzen mit polnischer Bevölkerung ausgedehnt, wenn auch nicht auf einmal, so doch wenigstens mit der Zeit dadurch, dass sie immer mehr Mitglieder erwirkt, eine erfolgreiche Hilfe bringen werde.

— Naturwissenschaftlicher Verein. In der Sitzung am 21. d. M. führte Herr Prof. Magener den Vortrag. Herr Dr. Pfuhl stellte Mittheilungen über die Flora der Provinz Posen. Pflanzenverzeichnisse sind eingegangen von folgenden Herren: Landrat v. Rathbusius (Umgebung von Doborn), Seminarlehrer Janisch (Paradies), Tschiedrich (Trem-sien). Ferner ist bei Schneidemühl auf einem Torfmoor Hieracium auratiacum gefunden, eine Gebirgsrasse, welche nur an wenigen Orten der Ebene vorkommt (Hannover, Pommern, Kiel) und in der Nähe von Nowy Las, Rudbeckia hirta, deren Heimat Nord-Amerika ist. Diese Pflanze ist schon 1812 unter Timothee bei Alzey entdeckt worden und scheint sich seit der Zeit in jener Gegend erhalten zu haben. Sonst sind Fundorte in der Mark und Schlesien bekannt. Bei dieser Gelegenheit wurden einige andere bei uns scheinbar seit urraler Zeit heimische Pflanzen amerikanischen Indigenaten erwähnt, z. B. die Wasperze, welche in jedem Jahre reichlich in den Festungsgräben mit kleiner rosa Blume blüht, und die Sonnenblume; es ist demnach ein Anachronismus, wenn sie Jordan im 22. Gesang der Nibelungen erwähnt. Ueber die Dimensionen der Eichen von Rogalin hat Herr v. Pätzschke Angaben mitgetheilt. 500 Stück befinden sich auf dem Dominal-Territorium; das bedeutendste Exemplar hat 8,71 Meter Umfang und 35 Meter Höhe, eine

andere 6,71 Meter zu 45 Meter. Über das Alter konnte nicht bestimmt werden, doch ist hierbei zu berücksichtigen, dass die älteste Eiche, welche jemals konstatiert wurde, nur 800 Jahre alt war. Ferner lenkte der Vortragende die Aufmerksamkeit auf die abnormen Vegetationsverhältnisse dieses Gebietes. Es stehen nämlich noch auffallend viel Pflanzen in Blüthe, 51 verschiedene Arten sind blühend beobachtet, z. B. rothe und blaue Kornblume, Kreuzkraut, Bienenraupen. Hieran sind besonders die Kompositen beteiligt, sie stellen allein 20 Arten in zweiter Linie Coniferen und Gramineen. Eine Erscheinung macht sich auch jetzt wieder, wie schon in früheren Jahren bemerkbar, dass nämlich die Farben der Blüten (besonders rot und blau) sehr intensiv entwickelt sind. Auch bei den Pflanzen der kalten Zone und höherer Bergregionen ist dieselbe Beobachtung gemacht worden. Herr Professor Magener hielt darauf einen Vortrag über die Wasserluftpumpe des Mehl-Gymnasiums. Bunsen hat diesen Apparat zuerst konstruiert, der sich sehr bequem an jeder Wasserleitung anbringen lässt, selbstthätig arbeitet und einen Raum bis auf 1 in etwa 1 Minute evakuiert. Es wurde dann das Gewicht der Luft bestimmt mittels eines Gasballons, der durch eine Luftpumpe gewöhnlicher Konstruktion fast luftleer gemacht war, es wurde wenig differenziert von 1,29 (0° 760 mm) gefunden. Herr Dr. Mendelsohn hielt darauf einen Vortrag über neuere Versuche über die Verflüssigung der permanenten Gase.

Cailletet und Protec hatten gleichzeitig Januar 1878 und unabhangig von einander eine Aufgabe gelöst, an welcher Pöhl und Chemier seit Jahrzehnten erfolgreich gearbeitet hatten: den Sauerstoff flüssig zu machen. Bereits 1845 hatte Faraday ausgedehnte Versuche zur Kondensation von Körpern unternommen, die bei gewöhnlicher Temperatur und dem normalen Luftdruck gasförmig sind. Sein höchst einfacher Apparat bestand aus einer gebogenen beiderseits zugeschmolzenen Glasröhre. In dem einen Schenkel derselben wurde das Gas entwickelt und kondensirt sich in dem andern Schenkel, bei starker Abdampfung durch den eigenen Druck. Viele Gase, selbst die Kohlensäure, wurden in einem Apparat verflüssigt; allein der hohe Druck, den die letztere hierzu erfordert, veranlasste oft eine heftige Explosion. Mit Freuden begrüßte man deshalb einen von Ritterer konstruierten Apparat, der selbst einen Druck von 3000 Atmosphären ausüben konnte. Der Hauptteil des Apparates bestand aus einer starkwandigen schmiedeeisernen Flasche, in welche das Gas mittelst einer Pumpe eingepresst wurde. Nur etwa 6 Gase widerstanden der Kraft dieses Kompressionsapparates unter diesen Wässer, Sauer-, Stickstoff und Koblenoxyd. Die flüssige Kohlensäure wird von Krupp in Essen benutzt, um durch den Druck des schnell entwideten Gases die Stahlglüse zu dichten und durch die Kälte, welche bei der Verdampfung erzeugt wird, den Verflüssigungsring von den Geschützen loszulösen. Der Branddirektor Witte in Berlin benutzt den Druck des Gases als Motor für seine Dampfspritzen. Das von Ritterer konstruierte Gas wird von den Zahnärzten als ein bequem zu handhabendes Anästhetikum benutzt (in Deutschland jährlich 1000 Flaschen à 50 Marken). Das eigenthümliche Verhalten jener 6 permanenten Gase, die auch bei 3000 Atmosphären ihren Gaszustand nicht aufgeben, wurde von Andrew erläutert; er wies nach, dass für jeden gasförmigen Körper eine sogen. kritische Temperatur existiert, oberhalb welcher er durch keinen Druck kondensirt werden könnte. Es lag nahe durch eine Erniedrigung der Temperatur schließlich auch für jene permanenten Gase die kritische Temperatur zu erreichen. Dessen ungeachtet wurden die Versuche erst nach einer mehr als 20jährigen Rubrikation von Pictet und Cailletet wieder aufgenommen. Pictet, in Genf, arbeitete mit schmiedeeisernen Röhren, einem sehr hohen Druck und einer Temperatur von 130 bis 140°, die er durch schnelles Verdampfen der flüssigen Kohlensäure im Balsam erzeugt haben will. Sobald der Hahn des Rohres geöffnet wurde, strömte der unter ca. 500 Atm. Druck stehende Sauerstoff als glänzender Strahl aus, umgeben von einem Nebel von feinem Sauerstoff. Zur Kondensation des Wasserstoffes waren 650 Atm. erforderlich; der flüssige Wasserstoff zeigte sich in Gestalt eines stahlblauen Strahles, Cailletet ging mit seinem Apparat wieder auf die Glasröhre Faraday's zurück. Ein unten offenes, oben mit einem Kapillarrohr versehenes Glasreservoir wurde mit dem zu komprimirenden Gas gefüllt und in einen sehr starken Stahlzylinder eingestellt. Letzterer war zum Theil mit Quecksilber gefüllt. Eine starke hydraulische Presse drückte das Quecksilber in das Reservoir und hiervon durch das Gas in die Kapillarröhre, welche von außen abgeföhrt wurde. Um die Temperatur bei 300 Atm. Druck unter die kritische Temperatur herabzudrücken, benutzte er den Kugelgriff, den Druck völlig zu vermindern. Durch die Expansion des komprimirten Gases wurde die Temperatur so weit erniedrigt, dass die Gase sich zu einem Nebel verdichten und Sauerstoff ein heftiges Kochen zeigte, ohne jedoch eine Grenze von Gas und Flüssigkeit erkennen zu lassen.

In diesem Jahre haben zwei Krakauer Gelehrte S. v. Wroblewski und R. Olszewski die Versuche in geeigneter Weise modifiziert und alle Gase bis auf das Wasserstoffgas in flüssiger Form erhalten. Ihr Apparat entsprach dem von Cailletet konstruierten. Den Druck ließen sie nicht über 150 Atm. steigen, erzeugten aber, indem sie flüssiges Öl im Vacuum verdampften, eine Kälte von -136 bis -139 Grad, die niedrigste Temperatur, welche bis jetzt erzeugt werden konnte. Ihr Kältemeter war ein Wasserstoffthermometer. Sie konstatirten hierbei, dass kein früherer Experimentator eine Temperatur unter 110 Grad erreicht hatte. Zur Kondensation des Wasserstoffes genügte schon 22 Atm. bei -135 Grad, während Stickstoff und Koblenoxyd nicht einmal bei 150 Atm. und -135 Grad flüssig werden; erst die Expansion, in Folge einer Druckerhöhung auf 50 Atm., bewirkte eine Kondensation. Für Wasserstoff reichte selbst dieser Kugelgriff nicht hin, so dass dieser Körper jetzt der einzige ist, der noch nicht als stabile Flüssigkeit erhalten werden konnte. Um dieses Ziel zu erreichen müsste die Temperatur auf -175 Grad herabgedrückt werden, eine Aufgabe, welche, wie wir zuverlässig hören können, von der Wissenschaft in nicht zu ferner Zeit gelöst werden wird. Der Vorstehende teilte darauf noch mit, dass Herr Direktor Schwarz, Ehrenmitglied des Vereins, der Bibliothek sein neuestes Werk: „Prähistorisch-anthropologische Studien“ zugetragen habe.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 28. Nov. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, ist durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 22. d. Mis. der kommandirende General des 6. Armeecorps, v. Tümpeling, unter Belassung in seinem Verhältnis als Chef des 3. schlesischen Dragonerregiments Nr. 15 und unter Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens in Brillanten zur Disposition gestellt worden.

München, 28. Nov. Die Abgeordnetenkammer nahm heute das Neblausgesetz in zweiter Lesung mit einer unerheblichen Abänderung definitiv und mit Einstimmigkeit an und begann die Beratung des Etats des Innern. Vor dem Eintritt in die Spezialdiskussion erklärte der Minister des Innern, die Regierung bestehe, gegenüber den Ausschussbeschlüssen, nur in drei Fällen auf ihren Forderungen, unter denen sich auch der Dispositionsfonds befindet. Letzterer wurde jedoch ohne Debatte abgelehnt.

München, 28. Nov. Bei der gestern stattgehabten Wahl eines Reichstagsabgeordneten im 3. schwäbischen Wahlkreise (Dillingen), an Stelle des Abgeordneten v. Sigmund (Benztrum), welcher sein Mandat niedergelegt hatte, ist nach den bisherigen

Ergebnissen der Gutsbesitzer Frhr. v. Freiberg auf Halbenwang (Centrum) als gewählt zu betrachten.

Wien, 28. Nov. Das "Fremdenblatt" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß das Gericht, wonach der Aufenthalt der Fürstin Hohenlohe, Gemahlin des Obersthofmeisters, in Rom mit der Angelegenheit ihres Schwagers, des Kardinals, zusammenhängen soll, erfunden sei. Der Besuch derselben in Rom gelte wie alljährlich lediglich ihrer dort lebenden Mutter.

Wien, 28. Nov. Uebereinstimmende Melbungen der Morgenblätter bestätigen, daß der Verwaltungsrath der Franz-Josefsbahn die Vorschläge der Regierung wegen der Verstaatlichung der Bahn ablehnte.

Paris, 28. Nov. Das "Journal officiel" publiziert die Aufhebung des Dekretes, durch welches der Import amerikanischen Salzfleisches verboten war.

Paris, 28. Nov. (Ausführliche Melbung.) Die Kommission für die Tonkin-Angelegenheit hörte heute Vormittag die Minister Ferry, Campenon und Peyron. Ferrytheilte ein chinesisches Memorandum und Frankreichs Antwort darauf mit, welche den einstimmigen Besluß der Kommission fand. Dieselbe beschloß die Angelegenheit in der Kammer nicht eher zur Diskussion zu bringen, bevor nicht die Kreditdebatte stattgefunden und zwar aus folgenden zwei Gründen: 1) weil kein Bruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden und die Unterhandlungen gegenwärtig fortzuführen, 2) weil die Regierung versprochen habe, das Memorandum und die Antwort darauf in einem Gelbbuche zu veröffentlichen. Das chinesische Memorandum sagt, Frankreich habe Annam einen ungerechten Vertrag auferlegt, welcher gleichzeitig die Rechte Chinas mißachte; es habe Annam angegriffen mit der Absicht, Bac Ninh wegzunehmen, welches der Schlüssel des chinesischen Reiches sei. China wünsche unter allen Umständen die friedlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, die chinesischen Truppen würden jedoch gezwungen sein, einem Angriffe Widerstand entgegenzusetzen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

China habe an die Traditionen der Ehre und Loyalität Frankreichs appelliert und würde bedauern, wenn es gezwungen würde, seinen Rechten Achtung zu verschaffen. Die französische Antwort erinnert daran, daß Frankreich immer erklärt habe, weder Annam noch Tonkin annexieren zu wollen. Der Vertrag von Hie habe den einzigen Zweck, den Vertrag von 1874 klarzuhüllen und das Protektorat über Tonkin zu konsolidieren. Frankreich habe es für angemessen befunden, Sontay und Bacninh zu okkupieren, aber nichts siehe einem gerechten Vergleich im Wege auf Grundlagen, die Frankreich nie aufgegeben und die in dem Vertrage angebietet seien. Ferry theilte weiter mit, daß er dem Marquis Tseng eine Note zugestellt habe, in welcher er denselben zu veranlassen suchte, den militärischen Befehlshabern Spezialvollmachten zugehen zu lassen, um ein Einvernehmen herbeizuführen. Kraft dieser Vollmachten sollte China auf friedlichem Wege dem Admiral Courbet unter dem Vorbehalt eines weiteren Arrangements Sontay und Bac Ninh übergeben. Später sollte dann über ein definitives Arrangement in Verhandlung getreten werden. Diese Mitteilung Ferry's habe sich mit einem Schreiben des Marquis Tseng gekreuzt, in welchem die Anwesenheit chinesischer Truppen in Tonkin konstatiert wurde, ohne den Aufenthaltsort derselben zu nennen. Später habe Tseng den Vorschlag Ferry's abgelehnt, doch habe Tseng wahrscheinlich ohne Instruktionen von Peking gehandelt.

Der Kriegsminister, General Camponon, erklärte, es seien alle Maßregeln getroffen, um sofort 6000 Mann nach Tonkin zu senden, ohne auch nur eine partielle Mobilisierung vornehmen zu müssen. — Der Marineminister Peyron konstatierte, daß er kein neues Telegramm von Courbet erhalten habe; die Operationen des letzteren hätten bereits begonnen, oder würden doch unmittelbar beginnen. Die letzte Depesche Courbets datir vom 17. d. M. und melde, daß Courbet die Truppenkonzentrierung zum Angriff auf Bac-Ninh beendet habe. Der Minister glaubt, daß Courbet die Ankunft die Transportschiffe "Corrèze", welcher 600 Mann Marinetruppen bringe, abwarten wolle. Der "Corrèze" hätte heute in der Bay von Along eintreffen müssen. Peyron fügte hinzu, er habe Courbet vollste Aktionsfreiheit gelassen, man dürfe volles Vertrauen in seine Umsicht und seine Energie setzen.

Die Kommission wird um 2 Uhr eine neue Sitzung halten und sich, wie es heißt, darauf beschränken, die geforderten neun Millionen zu bewilligen. Die Regierung erklärte, ehe sie weitere Forderungen stelle, lieber Nachrichten von Courbet abwarten zu wollen. — Die äußerste Linke beauftragte Clemenceau, in der Kammer die Regierung darüber zu interpellieren, ob ein Memorandum existiere und ob der Vormarsch der Franzosen gegen Bac Ninh fortzuführen.

Madrid, 27. Nov. Die offiziösen Journale erklären die Nachricht von einer in Manilla entdeckten Verschwörung für unbegründet mit dem Bemerkung, es sei kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß die Ruhe auf den Philippinen gefährdet werde.

London, 28. Nov. Nach einem Telegramm des "Standard" aus Paris forderte Baker Pascha die türkischen Offiziere auf, ihn nach dem Sudan zu begleiten und willigte die Mehrzahl derselben ein.

Petersburg, 28. Nov. Das "Journal de St. Petersburg" dementiert die Meldung des "Gaulois" über eine kürzlich gegen das Leben des Kaisers entdeckte Verschwörung, sowie über die Verhaftung mehrerer Beamten.

Belgrad, 28. Nov. Der frühere Minister Garashanin ist zum Gesandten in Wien ernannt worden.

Paris, 28. Nov. Die Tonkin-Kommission bewilligte die verlangten Kredite von neun Millionen mit neun gegen zwei Stimmen.

Roubaix, 28. Nov., Abends. In der hiesigen Tuchfabrik, welche fünfhundert Arbeiter beschäftigt, brach heute Nachmittag Feuer aus, welches sich auf eine benachbarte bedeu-

tende Fabrik verbreitete. Das ganze Stadtviertel ist in Folge dessen bedroht; noch brennt es fort. Der bisherige Schaden beläuft sich bereits auf mehrere Millionen.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. November Morgens 1.58 Meter.

Mittags 1.58

Morgens 1.62

Meteorologische Beobachtungen zu Posen

im November.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
28. Nachm.	765,7	NW schwach	bedeckt	+ 4,4
28. Abends.	767,3	NW schwach	bedeckt	+ 4,4
29. Morgs.	767,4	SW lebhaft	bedeckt	+ 3,4
Am 28. Wärme-Maximum: + 6°0 Cels.				Wärme-Minimum: + 2°5

Telegraphische Börsenberichte.

Händels-Course.

Frankfurt a. M., 28. Nov. (Schluß-Course.) Das Deckungsbedürfnis, besonders in Kreditaktien, steigerte die Kurje. Sonn. Wechsel 20,352 Pariser do. 80,80. Wiener do. 168,75 R.-M. S.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsl. 107,4 R.-R.-Br.-Anth. 125,8 Reichsbank. 101,4 Reichsbank 149,5 Darmst. 152,4 Meining. Bl. 93. Ostf.-ung. Bank 703,50 Kreditaktien 235,5 Silberrente 66,5 Papierrente 66,5 Goldrente 82,5 Ung. Goldrente 73,4 1860er Loos 117,4 1864er Loos 319,00. Ung. Staatsl. 221,50. do. Ostf.-Ostl. II. — Böh. Westbahn 251,4 Elisabethb. — Nordwestbahn 154,4 Galizier 238,4 Franzosen 262,4 Lombarden 118,4 Italiener 89,4 1877er Russen 89,4 1830er Russen 71,4 II. Orientali. 55,4 Zentr. Pacific 109,4 Disconto-Kommandit — III. Orientali. 50,4 Wiener Bankverein — 5% österreichische Papierrente — Buschsterader — Egypter 63, Gotthardbahn 93,4 Türk. Edison 112,4 Lubed — Böhner 153,4 Rothr. Eisenwerke — Marienburg-Mlawo —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 234,4 Franzosen 261,4 Galizier 239,4 Lombarden 117,4 II. Orientali. — III. Orientali. — Egypter 63, Gotthardbahn 94,4 Spanier — Marienburg-Mlawo —

Wien, 28. Nov. (Schluß-Course.) Fest.

Papierrente 78,95 Silberrente 79,30. Oesterl. Goldrente 97,90 6-proc. ungarische Goldrente 121,15. 4-proc. ung. Goldrente 87,05. 5-proc. ungar. Papierrente 85,00. 1854er Loos 119,50 1860er Loos 133,25. 1864er Loos 171,00 Kreditloose 172,50 ungar. Prähnien 114,00 Kreditaktien 279,40 Franzosen 309,75 Lombarden 138,90 Galizier 283,25 Kasch.-Ostb. 144,90 Pardubitzer 144,25 Nordwestbahn 184,00 Elisabethbahn 223,50 Nordbahn 249,0 Oesterl.-Ung.-Bank — Türk. Loos — Unionbank 107,25 Anglo-Aust. 107,00 Wiener Bankverein 103,5,4. Ungar. Kredit 277,25 Deutsche Blätze 59,25 Londoner Wechsel 120,70 Pariser do. 47,92 Amsterdamer do. 99,80 Napoleon 9,59,4. Dukaten 5,71 Silber 100,00 Marknoten 59,27,4 Russische Banknoten 1,17 Lemberg-Gorowitz — Kronspr. Rudolf 173,25 Franz-Josef — Durbodenbach — Böh. Westb. — Elbtalbahn 195,75 Tramway 216,25 Buschsterader — Oesterl. 6-proc. Papier —

Wien, 28. Nov. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 278,00 österreichische Kreditaktien 280,30 Franzosen 310,30 Lombarden 139,40 Galizier 283,50 Nordwestbahn 184,50 Elbtal 196,00 österl. Papierrente 78,92,4 do. Goldrente — ungar. 6 v. Et. Goldrente 120,10 do. 4 v. Et. Goldrente 87,05 do. 5 v. Et. Papierrente 85,00 Marknoten 59,20 Napoleon 9,59 Bankverein 104,00 Fest.

Paris, 28. Nov. (Schluß-Course.) Bewegt.

3 proc. amortisirb. Rente 77,95, 3 vrozent. 76,95. 4 proc. Rente

Anleihe 106,87, Ital. 5 proc. Rente 90,40. Österreich. Goldrente

83, 5 proc. ungar. Goldrente 102,4 4 proc. ungar. Goldrente 74,4

5 proc. Russen de 1877 93,4 5 proc. Russen de 1872 84,4 5 proc. Russen de 1873 85,4 5 proc. Russen de 1865 9 4 proc. fundierte Amerik. 125,4 Österreicherische Silberrente 67, do. Papierrente — 4 proc. Ungarische Goldrente 73,4 Oesterl. Goldrente 82 Spanier 55,4 Egypter 62,4 Ottomandans 15,4 Preuß. 4 proc. Consols 101. Fest.

Suez-Aktien 81,4.

Silber — Blaubbiskont 2 v. Et.

Prodakten-Kurse.

Köln, 28. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 19,25 fremder loko 19,50 per November 17,85, per März 18,75, Mai 19,10, Roggen loko 15,50 per Novbr. 13,60 per März 14,35, per Mai 14,65 Hafer loko 14,00 Rüböl loko 35,50, per Mai 34,80.

Bremen, 28. Nov. Petroleum (Schlußbericht) Fest. Standard white loko 8,30 bez. u. Käufer, per Dec. 8,30 bez. u. Käufer, per Jan. 8,50 Br. per Februar 8,60 Br. per März 8,70 Br.

Hamburg, 28. November. (Getreidemarkt.) Weizen loko unv.

auf Termine rubig, per Nov. 176,00 Br., 175,00 Gd., per April-Mai

187,00 Br., 186,00 Gd. — Roggen loko unv. auf Termine rubig, per Nov. 132,00 Br., 131,00 Gd., per April-Mai 143,00 Br., 142,00 Gd. — Hafer und Gerste uno. — Rüböl rubig, loko 67,00, per Mai 66,50. — Spiritus flau, per Nov. 42,4 Br., per Dec. 41,4 Br., per Jan.-Febr. 41,4 Br., per April-Mai 41,4 Br. — Kaffee lebhaft steigend. Umzug 8000 Sac. — Petroleum beh. Standard white loko 8,45 Br., 8,40 Gd., per Dec. 8,40 Gd., per Jan.-März 8,75 Br. — Wetter: Feucht.

Wien, 28. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen per Nov. 9,95 Gd., 10,00 Br., per Frühjahr 10,52 Gd., 10,57 Br. — Roggen per Nov. — Gd., — Br., per Frühjahr 8,60 Gd., 8,65 Br. Hafer per Nov. — Gd., — Br., pr. Frühjahr 7,62 Gd., 7,67 Br. Mais per Nov. 6,75 Gd., 6,85 Br. Mai-Juni 7,03 Gd., 7,08 Br.

Pest, 28. Nov. (Produktmarkt.) Weizen loko matt, per Frühjahr 10,08 Gd., 10,10 Br. Hafer per Frühjahr 7,26 Gd., 7,28 Br. Mais per Mai-Juni 6,70 Gd., 6,75 Br. — Koolraps per August-Sept.

— Wetter: Regen.

Amsterdam, 28. Nov. Banczinn 53,4.

Amsterdam, 28. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine höher, per März 259. Roggen loko und auf Termine unverändert, per März 162, per Mai 164. — Rüböl loko 38, per Mai 38, per Herbst 37.

Antwerpen, 28. Nov. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Kaffee meist, Type weiß, loko 21,4 bez. 21,4 Br., per Dec. 21,4 bez. 21,4 Br., per Jan. 21,4 bez. 21,4 Br., per Jan.-März 21,4 Br. Rubig.

Gull, 27. Nov. Getreidemarkt. Weizen träge, unverändert. — Wetter: Schön.

London, 28. Novbr. Bei der am 27. d. M. abgehaltenen Woll-auction waren Preise fest.

London, 28. Nov. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zu-fuhren seit gestern Montag: Weizen 28,360, Gerste 12,400, Hafer 48,220 Oats.

Weizen geschäftslos, nominell, Mais & sb höher gehalten. Uebrige Artikel träge.

Marktpreise in Breslau am 28. November.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	gute		mittlere		geringe Ware	
	Höch- ster M. Pf.	drigst M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	drigst M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	drigst M. Pf.
Weizen, weißer	20	20	19,20	18	17,80	16,80
dto. gelber	18	50	17,50	17	16,50	16
Roggen	15	90	15,70	15	14,70	14,50
Gerste	16	—	14,80	14	13,50	12,80
Hafer	14	20	14	13,80	13,60	13,40
Erbien	18	30	17,50	17	16	15,50
Festsetzg. d. v. Handelskam- mer eingef. Kommission	29	50	27	50	25	50
Raps	29	50	27	50	25	50
Rüben						

